

**Rede
des Sprechers für Haushalt und Finanzen**

Alptekin Kirci, MdL

zu TOP Nr. 33b

Fragestunde

**Finanzpolitische Widersprüche in den Aussagen von
Finanzminister Hilbers? - Wie steuert die Regierung
den Haushalt in die Zukunft?**

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/11191

während der Plenarsitzung vom 19.05.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

vielleicht hilft bei der Klärung der Frage, die die Grünen hier stellen, ein Blick in die Zeiten, bevor uns Corona zu einem umfassenden, krisenbedingten Eingriff in die bisherige Haushaltsführung gezwungen hat. Von 2016 bis 2019 gab es keine neuen Schulden mehr in diesem Land. Die Schuldenbremse hat ihre Wirksamkeit also entfaltet, lange bevor sie verfassungsrechtlich verbindlich geworden ist. Und selbst in der Corona-Krise war es am Ende möglich, Schulden im Landeshaushalt abzubauen. Landesregierung und Parlament haben in dieser Zeit trotzdem richtungsweisende Entscheidungen getroffen, etwa den Kita-Besuch beitragsfrei gestellt, 1.600 zusätzliche Stellen bei der Polizei geschaffen, 1 Milliarde Euro für Klimaneutralität bis 2040 eingestellt, das Schüler*innen- und Azubi-Ticket und die Meisterprämie eingeführt, und und und.

Ebenso hat die SPD-geführte Landesregierung in einem erheblichen Maße investiert, etwa in Infrastruktur, Digitalisierung oder Bildung. Die Prinzipien vorsorgender Haushaltspolitik, nämlich die richtigen Schwerpunkte im Rahmen der gegebenen Mittel einzusetzen, gelten nach wie vor.

Aus Sicht der Sozialdemokrat*innen in diesem Haus wird es auch in Zukunft so sein, dass die Haushaltsführung weiterhin die Grundlage dafür schaffen muss, dass die Menschen im Land in Sicherheit und Wohlstand und ohne finanzielle Existenz-Angst leben können, dass wir die Klimaziele erreichen, dass unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt, die Infrastruktur den Anforderungen der Zukunft genügt und die Schlüsselindustrien Hilfe auf ihrem Weg entlang der Transformation zu CO₂-neutraler Produktion finden.

Anrede,

ich bin sicher, dass da auch unser Finanzminister, Herr Hilbers, bei uns Sozialdemokrat*innen ist. Im Übrigen hat er Recht, wenn er darauf hinweist, dass Steuererhöhungen konjunkturfeindlich sind und Risiken für das Wachstum in Deutschland bestehen, wenn die Inflation oder der Überfall Russlands auf die Ukraine längerfristige Nachteile für unsere Konjunktur auslösen. Ich kann da keine Widersprüche erkennen, auch wenn ich nicht jede Aussage des Finanzministers, die in der Braunschweiger Zeitung stehen, teile.

Viele der in die Zukunft reichenden Herausforderungen begleiten wir mit unserer Politik bereits auf zahlreichen Feldern. Andere treffen uns nun mit voller Wucht, wenn wir etwa an den Umbau unserer Energieversorgung denken.

Anrede,

was die Landesregierung nicht machen und wofür es keine Zustimmung der SPD-Fraktion in diesem Haus geben wird, ist, dem abenteuerlichen Antrag der Grünen zu folgen, mal eben 5 Milliarden Euro im Rahmen eines Sondervermögens für die Folgen des russischen Angriffskrieges bereitzustellen. Die Grünen müssen schon ein bisschen rechnen und vielleicht auch abwarten, wie die Lasten sich konkret darstellen werden, um das in der Haushaltsführung seriös einzupreisen. Ebenso hat es nichts mit solider Haushaltsführung zu tun, wie die Grünen es fordern, aus übrig gebliebenen Kreditermächtigungen für die Corona-Maßnahmen einen unbestimmten Investitionsfond für das Land aufzulegen. Die beliebige Umwidmung solcher Ermächtigungen ist verfassungswidrig, und das wissen Sie auch.

Im Übrigen sollten Sie auch die Prognose-Instrumente ernster nehmen. Die Steuerschätzung bestätigt Ihre zahlreichen Unterstellungen und Annahmen zum Konjunkturverlauf und zu den Steuereinnahmen jedenfalls nicht. Auch wenn man berücksichtigen muss, dass in den derzeitigen Prognosen der Steuerschätzer inflationsbedingte Windfall-Profits stecken.

Die Notlagenbestimmung müssen Sie also schon ernst nehmen, wenn man mit hinreichender Verantwortung und Legitimation Notlagenkredite oder Sondervermögen vom Parlament bewilligt haben möchte. Die enge Begrenzung des Mitteleinsatzes für bestimmte Zwecke in der Corona-Pandemie hat ja gerade erst dazu geführt, dass wir die Kreditermächtigungen während der Krise nicht ausschöpfen mussten. Insofern hat sich das Corona-Sondervermögen in seinem Zweck und in seiner Abwicklung bewährt. Eben, weil es klar bestimmt war und mit umfassender Kontrolle abgelaufen ist.

Ich halte es jedenfalls für einen völlig normalen Vorgang, sich über strukturelle Bedingungen der Haushaltsentwicklung und Haushaltsführung Gedanken zu machen, also, wie wir Vorhaben finanzieren oder Steuern gestalten.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!